

# Zeitung

Säntfundschrift Jahrgang.

Das Blatt erscheint 36 mal wöchentlich...  
Preis 30 Pf.

Bezugspreise:  
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Vorzahlung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mark, durch die Post monatlich  
8,25 Mark, die telegraphisch 24,75 Mark.  
Einmalige Zustellungsgebühr. Bestellungen  
werden von allen Richtungen vorläufig noch  
ausgeschlossen angenommen. Im  
amtlichen Zeitungsergebnis unter  
einer Zeitung eingetragen. Für  
unserer eingegangenen Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Redaktion nur mit der  
Chiffrenangabe, keine Zeitung  
geboten. Ferner der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigenleitung Nr. 1135  
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Nr. 80.

Halle, Donnerstag, den 17. Februar 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

## Die Parteien und die Preußenwahlen.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Stimmung der preußischen Wählerzeitung allzu richtigem vorläufig noch außerordentlich lau ist. Man muß dringend wünschen, daß sich das bis zum nächsten Sonntag ändert, denn es wäre unglücklich traurig, wenn nach außen gerade in diesen Tagen der Eindruck entstünde, daß die politische Energie des deutschen Volkes erschöpft. Gegenüber der drohenden Gefahr von London kann es kein wichtigeres Gebot geben, als durch das gezielte Erscheinen der Wählerzeitung an der Wahlurne die Geisteskräfte, seinen politischen Willen und das Streben nach Selbstbehauptung Deutschlands kräftig zum Ausdruck zu bringen. Auch das dem, gilt es bei den Preußenwahlen, daß Wählerzeitung Wahlplakat ist. Wer am 20. Febr. zu Hause bleibt, läßt das Vaterland im Stich! Welche dieser Gewandte wie ein Kampfer durch das Volk eilen und eine impulsive Wahlteilnahme hervorgerufen.

Allerdings wird man zugeben müssen, daß die Schlaflosigkeit auch bestimmte Ursachen hat, die nicht auf Seiten der großen Masse liegen. Der sympathische Gedanke des demokratischen Parteiwesens Dr. Wetzels, bei der bevorstehenden Wahl alles Parteigedankt beiseite zu lassen und die großen einmündigen Gesichtspunkte in den Vordergrund zu rücken, ist im wesentlichen nur von einer eigenen Partei befolgt worden. Einis wie z.B. überdurchschnittlich das Parteigedankt. Die sozialistischen Parteien führen untereinander eine heftigen Kampf um jede einzelne Wahlstimmzettel, und in ihren Augenblicken überprüften sie einander mit Vorwissen; ihre Zerstückelung bringen sie sich gegenseitig. Wehlich unzufrieden sind die Wähler nach rechts. Die Nationalliberalen Korrespondenz, das Organ der Deutschen Volkspartei, stellt in einem Artikel bedauernd fest: Die Deutschnationalen haben sich durch ihre Zurückziehung aus das altkonservative Programm und die offensichtlichen Zerstückelungen, die dadurch in ihrem vorwiegendsten Bestand hervorgerufen sind, noch lauter vor den preußischen Wähler in eine außerordentlich ungünstige und peinliche Lage gebracht. Die deutschnationale Propaganda sucht diesen Mangel durch eine ganz ungezielte Agitation gegen die Deutsche Volkspartei weit zu machen. Insbesondere behauptet sich das parteipolitische Organ darüber, daß die Deutschnationalen die Volkspartei als „reijerbü“ hinführen und auch ihre christliche Zügellosigkeit beweisen. Auch der sozialistische Abgeordnete Dr. Marsch muß sich gegen diese Formwörter wehren, wobei aber besonders interessant ist, daß Dr. Marsch immer wieder von der Deutschen Volkspartei als einer Reichspartei spricht, die den Deutschnationalen nahesteht. Auch läßt sich gewiß nicht leugnen, daß der deutschnationale Wahlkampf außerordentlich abstoßende Formen annimmt. Herr Hergt hat ja in Hannover ganz offen die völlige Rolle zum Ausdruck kommen lassen, und wie man aus einer früheren Bemerkung von ihm weiß, gründen sich seine Hoffnungen auf Wählerfolge auf die antisemitische Welle. Was Wunder, daß man mit finanzieller Maßlosigkeit aus der deutschnationalen Hauptstelle diese Welle zum Wellenberg steigern möchte. Das Betreffende hierbei ist nur, daß auch, wie treffend der General von Schöndel hier Tage in Hamburg feststellte, die antisemitische Welle sich in der nationalen Einheitsfronte verknüpfend fort. Zudem hängt Oberstleutnant Schindler zum Teil aus von jüdischen Stimmen ab, und es ist wahrhaftig alles andere denn vaterländisch, wenn ausgerechnet in dieser Zeit die Deutschnationalen die antisemitische Agitation steigern; schließlich aus der fallen Berechnung heraus, mit den vorliegenden Massen Wählerfolge zu erzielen. Das antisemitische Hinfahren auf den Wählerfolg hat ja leider auch den deutschnationalen Vorhänger Hergt veranlaßt, die Schaffung einer Einheitsregierung gegen London zu sabotieren. Neuerdings wird über die Verhandlungen, auf Schaffung einer Regierung der nationalen Zusammenfassung von der Volkspartei ein vertraulicher Bericht gegeben, der das Verhalten des Herrn Hergt in einem noch viel peinigenderem Lichte erscheinen läßt. Darnach hat Herr Hergt Befürchtungen für seine persönliche Stellung geäußert. Er stellt also nicht nur die Partei, sondern auch die eigene Person über das Vaterland. Das sind in diesen Zeiten überaus jämmerliche Erscheinungen. Aber auch das parteipolitische Organ sollte sich daran erinnern, daß es den Wahlkampf unter Berücksichtigung der nationalen Zuverlässigkeit der Deutschen demokratischen Partei eröffnet hat. Es ist also im wesentlichen die gleiche Welle, mit der jetzt die Deutschnationalen an die Wählerzeitung gehen. Die Aufgabe der deutschen Demokraten, die sich endlich bemüht haben, sich gegen ihre Gegner von rechts und links auf die allerwichtigste Abwehr zu beschränken, wird es sein, die großen nationalen Gesichtspunkte immer wieder herauszuarbeiten. Damit wird im kommenden Preußischen Landtage die Partei von selber der Reformationspunkt für eine arbeitsfähige Regierung, die gleich-

## Soll das Wohnungselend bleiben?

Von Abgeordneten Dr. Schreiber (Halle).

Es ist eine der bedeutendsten Erscheinungen unserer wirtschaftlichen Verberbung, daß die Wohnungsnot in Deutschland immer mehr zunimmt. Unzählige Menschen warten vergeblich auf die Gründung eines eigenen Heimes und auf die Zuteilung angemessenen Wohnraumes. Diese müssen ihre Wohnung teilen mit Menschen, denen sie nicht nahe stehen und die ihnen als Zwangsmiter in die Räume gelegt sind, die sie bisher als ihr ungetriebenes eigenes Heim zu betrachten gewohnt waren. Unausführbar für Mieter und Vermieter in ungeheurer Fülle! Die Überwindung dieser Wohnungsnot ist daher eine der dringendsten Aufgaben unserer Zeit sein und doch legen wir bisher keine traktfähige, großartige Hilfe. Die Neubauten stehen in gar keinem Verhältnis zu dem immer steigenden Bedarf. Dementsprechend ist die Gefahr, daß dringende notwendige Reparaturen an älteren Häusern nicht ausgeführt werden können, weil deren Besitzer angezogen der Zwangsverrentung der Wohnungen nicht in der Lage sind, die der Geldwertverwertung entsprechend gelegenen Ausbesserungsarbeiten aufzutragen. Wenn die Regierung dieser Gefahr nicht bald die genügende Aufmerksamkeit schenkt, werden in Zukunft nicht nur genügend neue Wohnungen geschaffen werden, sondern auch in den älteren Häusern werden namentlich die oberen Stockwerke immer weniger bewohnbar sein. Eine Abkehr von der bisherigen Staatspolitik ist daher dringend geboten. Reich und Länder haben bisher bei Neubauten einen Teil der Kosten vielfach übernommen. Die Lage unserer Staatsfinanzen läßt das auf die Dauer und in ausreichender Weise nicht zu. Wohl aber kann aus Deutsche Reich sehr erhebliche Summen flüssig machen, um im Wege langfristiger und niedrig verzinslicher Kredite denen, die bauen wollen, und denen, die notwendige Ausbesserungen auszuführen haben, leihweise Mittel zur Verfügung zu stellen. Es gewinnt den Anschein, daß auf die Dauer eine Reichswohnungssteuer nicht zu vermeiden ist. Diese liegt sich im Gegensatz zu der kürzlich von der preussischen Regierung vorgeschlagenen Grundsteuer, die schließlich nichts anderes bedeutet, als eine indirekte Mietssteuer, sozial nach dem Familienstand des Wohnungsinhabers und nach dem Umfang seines Wohnungsbesitzes abfluten. Der Ertrag einer solchen Steuer darf keinesfalls für die unübersehbare Fülle der allgem. in der Staatsausgaben verwendet werden; vielmehr muß der Ertrag der Wohnungssteuer dazu dienen, das Wohnungselend zu mildern und die vom Reich zur Verfügung zu stellen Mittel abzutragen.

Wie Staatshilfe allein werden schließlich auf dem Wohnungsmarkt sich ertragfähige Zustände nicht erzielen lassen. Vielmehr muß eine Veränderung der höchstzulassbaren Mietsummen herbeigeführt werden. Es ist zu verlangen, daß ein sehr verständiger Hauswirt, daß auf dem Wohnungsmarkt in dieser Zeit die vollkommen ungebundenen, freie Wirtschaft eingeführt wird; aber das freie System, das durch die höchstverwerthung eingeführt worden ist, steht der Bestimmung der Wohnungsverhältnisse hinderlich entgegen. Die Wohnungsfrage kann nur gelöst werden durch gegenwärtiges Vorhaben und Zusammenarbeit von Mietern und Vermietern. Wenn die Häuser nicht verfallen sollen, müssen die Mietbezüglergüter in der Lage verbleiben werden, bei als notwendig erweiternden Ausbesserungen den Mietern unabhängig von ganz bestimmten Prozentsätzen zu leisten, daß der Hauswirt eine Vergütung auch der erforderlichen Ausbesserungsarbeiten erhält. Eine das wird es angeht die Lage der meisten Vermieter unmöglich sein, die Wohnungen dauernd in bewohnbarem Zustande zu halten, und den Schäden hätten Mieter und Vermieter gleichmäßig. Nicht dagegen sollte es vorkommen, daß die Mietbezüglergüter über den Ertrag des Vermieters weit hinaus, namentlich bei Geschäftsräumen, erheblich erhöhte Mieten festsetzen.

Es kann auch angenommen werden, daß die Bauwirtschaft gehoben werden würde, wenn man jede Beigehaltung dafür aufheben und diejenigen, die ohne Staatshilfe bauen, unbedingt davon sicher würde, daß ihre Neubauten in Zwangsverrentung genommen werden. Es gibt Menschen genug, die bei den heutigen Baupreisen zu bauen in der Lage sind, und die lieber bauen wollen als unfrei in den eigenen Räumen. Der Wohnraum würde dann viel frei werden. Güter, und die Allgemeinheit hätte einen höheren Vorteil als jetzt, wo die Zwangsverrentungen die Schaffung neuer Wohnräume hemmen und hindern.

Auch auf diesem wichtigen Gebiete heißt es endlich handeln!

## Das Wahlprüfungsgericht.

Der Ministerialrat Dr. Kauenberg vom Reichsministerium des Innern hat die in der bisherigen Tätigkeit des Wahlprüfungsgerichts aufgestellten Grundzüge des Wahlprüfungsgerichtes im „Preussischen Verwaltungsblatt“ dargestellt. Der Aufsatz ist als erweitertes Sonderdruck in Karl Weinmanns Verlagsbuchhandlung erschienen. Nach Ansicht des Verfassers macht die Unterbrechung eines Stammes der Mitglieder der Stimmzettel nicht ungültig. Gültig sind auch handschriftlich hergestellte Stimmzettel, auf denen ein Name angegeben ist und der Name eines Wählers auf der Rückseite wiederholt wurde. Beschädigte oder getriebene Stimm-

zettel sind gültig, sofern die Beschädigung nicht derart ist, daß der Wille des Wählers nicht mehr erkennbar zum Ausdruck kommt. Ungültig sind Stimmzettel, die zunächst in einen Privatumschlag und dann mit diesem in einen amtlich gestempelten Umschlag gelegt werden, weil sie als „geheimgezeichnet“ angesehen werden müssen, da der Wahlvorsteher die innere Umschlagung durch den äußeren Umschlag durchzuführen kann und so der Abgeber der Stimme ermittelt werden kann.

## Innerer Beschlossenheit und monarchistische Agitation.

Der Reichsminister Koch hat in einer demokratischen Verammlung in Danzbrück betont, die Herbeiführung monarchistischer Agitationen könne in der heutigen Zeit für die Einheitsfront geradezu verhängnisvoll werden. Die Deutsche Volkspartei habe in der Regierung gelernt, mitzuarbeiten, so die Demokratie und die Republik zu stärken. Um so bewährlicher aber sei es, wenn im Lande von hervorragenden und beamteten Führern dieser Partei monarchische Reden gehalten würden, die den Willen des Volkes von der Gegenwart ablenkten. Sollte sich diese Werbung des Reichsministers Koch gegen den Reichsministerpräsidenten Scholz und den Vizepräsidenten Dr. Heine richten, die in Wahlverhandlungen offen die Monarchie befürworteten, so sollte auch monarchistisch geklärt. Minister der Republik davon abhalten, die ihre Meinung agitatorisch zu verwerthen.

## Eine Anklageschrift gegen Hergt.

Innershalb der Deutschnationalen Volkspartei herrscht gegen den Parteivorhänger Hergt starke Unzufriedenheit. Aus den Kreisen dieser Opposition gehen jetzt eine Anklageschrift, die am 16. Februar zum „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. In dieser Darstellung aus deutschnationalen Kreisen wird der jüngste Verstoß des Herrn Hergt gegen staatliche Notwendigkeiten wie folgt gebannt:

„Es trifft den Kern der Sache, wenn das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Partei, der preussische Abgeordnete Graef (Anklam), bei einem Fraktionsgenossen kürzlich abhingabend meinte: „Bei den Preußenwahlen wird alles gut gehen, es sei denn, daß bei uns noch vorübergehend eine große Dummheit gemacht wird.“ Herr Graef muß keine Pappentzettel kennen. Der vorerwähnte Zeit das man sollte auch den bestmöglichen Nutzen aus der Zeit heraus zu ziehen, die die Autorität der Deutschnationalen Volkspartei, erklärte auf die Aufforderung der Deutschen Volkspartei, zur Stärkung der nationalen Einheitsfront gegen die Pariser Beschlüsse in das Reichsamt mit einzutreten: „Das geht nicht. Wenn wir das tun, laufen uns am 20. Februar vier Millionen Wähler davon!“ Diese Hintanhaltung nationaler Notwendigkeiten hinter parteipolitische Erwägungen und Mandatfragen aus dem Munde eines Führers einer nationalen Partei ist so ungeheuerlich, daß man sich fragen muß, ob sich die deutschnationalen Wähler wirklich weiter vorüberlassen „führen“ lassen wollen. Hergts Werbung hat denn auch in der Parteipolitik keine, sondern nur in der Parteipolitik keine gegolten werden — wie eine schwere Handgranate gemischt und brauchen im Lande ein lähmendes Entsetzen erregt.“

Nach einer parteipolitischen Darstellung der Deutschen Volkspartei hat die Weigerung des Abg. Hergt nach viel beschämender gelaunt, nämlich: „Reiner der 4 oder 5 Millionen Wähler der Deutschnationalen Partei würde den Eintritt der Deutschnationalen Partei in eine Regierung der nationalen Abwehr verhindern; er, Hergt, selbst würde hinweggeführt werden, wenn er einen solchen Vorfall vertreten würde.“

Also die jämmerliche Furcht vor dem Verlust seiner Stellung als Parteivorhänger hat das Handeln des Herrn Hergt in einem solchen Augenblick höchster vaterländischer Not bestimmt. Das ist der Führer der Partei, die stets sich rühmt: Das Vaterland über die Partei! Glende Spuch!

## Die Londoner Konferenz.

Das österreichische Bureau erzählt, daß die bevorstehende Londoner Konferenz im St. James-Palast stattfinden wird, den der König zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt hat. Für die Presse werden Einrichtungen getroffen. Die deutsche Delegation wird im Savoy-Hotel untergebracht werden. Marschall Joch und General Wegand werden an der Reparationskonferenz teilnehmen.

## Deutschnationale Wahlmacht.

Die „Halleische Zeitung“ hat in einem von Verzerrungen strotzenden Bericht über die Dienstag-Verammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus aus persönlicher Anfrage gegen den Leiter der Verammlung gerichtet, die Herrn Dr. Schmeier ebenfalls haben, folgende Berichtigung an die „Halleische Zeitung“ zu senden:

Unter Bezugung auf § 11 des Verleihegesetzes erlaube ich ergebnis um Aufnahme folgender Berichtigungen: 1. Herr Piarrer Weier hat in seinem Schlusswort auf die in der Diskussion aufgeführte Behauptung erklärt, daß ihm selbst von seiner Zugehörigkeit zur unabhängigen sozialdemokratischen Partei nichts bekannt sei. 2. Ich selbst, der „antisemitische Referent“, bin durch H. R. O. vom 18. 12. 15 zum Leutnant der Reserve des 1. eifassischen Pionierbataillons Nr. 15 befördert worden.

Vertical text on the left margin containing various numbers and small text fragments.

